



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Noch mehr Aktionismus in der Arbeitsmarktpolitik: Lohnkostensubventionen für Langzeitarbeitslose

Die Bundesregierung fährt einen arbeitsmarktpolitischen Schlingerkurs. Erst im Juli wurde das hoch umstrittene Mindestlohngesetz verabschiedet. Begründet wurde der staatliche Eingriff in die Tarifautonomie unter anderem damit, dass die Löhne auch deshalb steigen müssten, weil dann weniger Steuermittel für die sogenannten Aufstocker aufgebracht werden müssten – also für diejenigen Arbeitnehmer, die neben ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen beziehen. Wenn sich für die Arbeitgeber die Arbeit verteuert, sei der Staat weniger in der Pflicht. Nun gibt es seitens des Arbeitsministeriums Planungen, die Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose auszuweiten. Arbeit soll durch Subventionen verbilligt werden, damit es sich für Arbeitgeber überhaupt lohne, vermehrt solche Arbeitskräfte einzustellen, von denen anzunehmen ist, dass sie oft relativ wenig produktiv sind. Böse Zungen könnten behaupten, dass die Ausweitung der Lohnkostenzuschüsse darauf abzielt, dass sich die möglichen negativen Beschäftigungswirkungen des Mindestlohnes in Zukunft nicht allzu sehr in der Arbeitslosenstatistik niederschlagen.

Lohnkostenzuschüsse gibt es bereits, und sie gab es auch schon früher in vielfältigen Formen – wie überhaupt in der nunmehr vierzigjährigen Geschichte der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik so ziemlich jede denkbare arbeitsmarktpolitische Maßnahme irgendwann einmal ausprobiert wurde. Mitunter werden neue vermeintliche Wunderwaffen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entdeckt. Bei näherem Hinsehen erwiesen sie sich aber lediglich als Instrumente, die es schon einmal in der Vergangenheit gab und die dann wohl aus guten Gründen in Vergessenheit geraten sind.

Die möglichen Wirkungen der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden oft überschätzt. Unstrittig ist, dass durch solche Maßnahmen keine sich wirtschaftlich selbst tragenden Arbeitsplätze entstehen. Allenfalls

können für manche Arbeitslose durch bessere Beratung oder durch Bildungsmaßnahmen die Chancen verbessert werden, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Das kann jedoch zu Lasten anderer Jobsuchender gehen, die gegenüber den Teilnehmern an Maßnahmen in einen Nachteil geraten. Gerade bei Lohnkostenzuschüssen ist die Gefahr dieses „Drehtüreffekts“ groß, denn Arbeitgeber können solche Stellenbewerber bevorzugt einstellen, die ihnen Subventionen in die Kasse spülen. Vielfach wäre der Arbeitsplatz auch ohnehin besetzt worden, sodass sich Mitnahmeeffekte einstellen. Überdies bergen viele arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Gefahr, dass die Teilnehmer das Gefühl bekommen, erst einmal untergebracht zu sein – und die Suche nach einer regulären Stelle einstellen. Diesen „Lock-In-Effekt“ dürfte es ebenfalls bei Lohnkostensubventionen geben. Hier ist er aber besonders gefährlich, denn bei Auslaufen der Subventionen dürfte mancher Arbeitgeber die Stelle neu besetzen – durch eine produktivere Arbeitskraft oder durch einen anderen Bewerber, für den er wieder Lohnsubventionen erhält.

Kurzum: Langzeitarbeitslosen wird man kaum mit Subventionen helfen. Sie brauchen vielmehr reguläre Jobs. Damit diese entstehen, sind beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen erforderlich. Mindestlöhne gehören gewiss nicht dazu, denn sie verteuern gerade einfache Arbeit und werden somit vor allem in jenem Segment des Arbeitsmarktes zu spüren sein, das für viele Langzeitarbeitslose überhaupt nur für eine reguläre Beschäftigung in Frage kommt. Langzeitarbeitslosigkeit ist im internationalen Vergleich in Deutschland zwar nicht besonders ausgeprägt; im Jahr 2013 waren 45 Prozent aller Erwerbslosen langzeitarbeitslos – zwei Prozentpunkte weniger als in der EU. Hierzulande ist Langzeitarbeitslosigkeit aber wie die Arbeitslosigkeit generell weit häufiger als anderswo ein Risiko für Ungelernte. Und unter diesen hat sich die Arbeitslosigkeit zuletzt langsamer als unter den Qualifizierten abgebaut.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Ronny Freier, Ph.D.
Dr. Daniel Kemptner
Dr. Jan Marcus
Dr. Frauke Peter
Dr. Anika Rasner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.